Tagungsbericht

„Verfolgung – Ausgrenzung – Verwahrung. Die ehemalige städtische Arbeitsanstalt in Leipzig von 1892 bis heute“, 15. bis 16. März 2019, Leipzig.

Auf insgesamt 28.000 m² wurde im Jahr 1892 die „Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ in der Leipziger Riebeckstraße 63 eröffnet, die ein Ensemble aus mehreren Backsteingebäuden umfasste, das heute noch weitgehend erhalten ist. Seit ihrer Gründung stand die „Städtische Arbeitsanstalt“ für eine kommunale Fürsorgepolitik, die Armut, Arbeitslosigkeit und psychischer Erkrankung mit Ausgrenzung und Arbeitszwang begegnete. Während der NS-Zeit diente die Arbeitsanstalt darüber hinaus als Sammelstelle für Juden, Sinti und Roma und hatte die Funktion einer zentralen Kontroll- und Verteilerstelle von NS-Zwangsarbeit. In der DDR wurden die Gebäude als Venerologische Station und Einrichtung der Psychiatrie weitergenutzt. Heutiger Träger des Geländes ist der Städtische Eigenbetrieb Behindertenhilfe, der hier eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete und ein Wohnprojekt für Kinder und Jugendliche betreibt. Mit zwar unterschiedlichen Schwerpunkten und Betroffenengruppen erscheint dieser Ort in seiner Gesamtheit hinsichtlich der über ein Jahrhundert reichenden Nutzung beispielhaft für eine „totale Institution“ (Erving Goffman). Welche Brüche in der Geschichte erkennbar werden, wie Ausgrenzung und Stigmatisierung in den jeweiligen politischen Systemen und Ideologien verhandelt und praktiziert wurden, waren Kernfragen des zweitägigen Symposiums, das unweit des historischen Ortes stattfand. Während vier Panels sich den historischen Nutzungsarten der Riebeckstraße 63 und vergleichbarer Institutionen widmeten, diente das letzte Panel dazu, die Möglichkeiten der Einrichtung eines Lern- und Gedenkortes zu reflektieren.

Das erste Panel „Kommunale Fürsorgepolitik: Soziale und räumliche Marginalisierung“ moderierte CARSTA LANGNER (Halle-Jena). Im Fokus stand das Zusammenspiel von sozialer Normierung und Ausgrenzung. Mit ihrem Vortrag zum westfälischen Arbeitshaus Benninghausen eröffnete ELISABETH ELLING-RUHWINKEL (Ochtrup) einen theoretischen Zugriff und eine vergleichende Perspektive auf die Leipziger Gegebenheiten. Sie erläuterte die Funktionslogik der Asylierungseinrichtung und charakterisierte diese im theoretischen Rahmen der Sozialdisziplinierung als Goffman‘sche totale Institution. In den Arbeitshäusern saßen auf strafrechtlicher Grundlage internierte Korrigenden ein, vor allem Bettler, Landstreicher und Prostituierte, die als arbeitsscheu galten und gegen sittenpolizeiliche Vorgaben verstoßen hatten. Elling-Ruhwinkel zeichnete die lange Tradition solcher Disziplinierungseinrichtungen vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik nach, betonte aber die besondere Verstrickung des westfälischen Arbeitshauses hinsichtlich der Verfolgung „Asozialer“ und „Gemeinschaftsfremder“ im NS-Staat. Der von ihr beobachtete Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Stigmatisierung und Sanktionierungsstrenge verdeutlichte eindrücklich die soziale Dimension des Anstaltskonzeptes. ALEXANDER RODE (Leipzig) knüpfte thematisch an die Sozialdisziplinierungsfunktion von Arbeitshäusern an, indem er die Verfolgung und Diskriminierung von „nicht-sesshaft“ lebenden Menschen in der Stadt Leipzig vor allem während der Zeit des Nationalsozialismus betrachtete. Dabei richtete er den Fokus auf die Arbeitsanstalt in der Leipziger Riebeckstraße 63 als einen zentralen Ort von Ausgrenzung, gerade auch von Sinti und Roma. Während ihre Diskriminierung eine starke Kontinuität aufweist, radikalisierte sie sich in der sozialhygienisch argumentierenden NS-Politik. Ab 1936 wurden Sinti, Roma und „nach Zigeunerart umherziehende Personen“ zwangsweise in das zur Leipziger Arbeitsanstalt gehörende Obdachlosenasyl eingewiesen, um sie dort durch Arbeit zu „erziehen“. In Rodes Ausführungen wurde herausgestellt, wie das nationalsozialistische Bild der sogenannten „asozialen Wanderer“ und „Landstreicher“ im Zusammenhang mit der bürgerlichen Arbeits-

und Leistungsgesellschaft verstanden werden muss und paradoxerweise die repressive Politik oftmals überhaupt erst die Argumente erzeugte, die gegen diese Gruppe verwendet wurden. Für das abschließende Gespräch waren PETRA ČAGALJ-SEJDI und GJULNER SEJDI (Leipzig) vom Verein Romano Sumnal e.V. eingeladen, die einen Bogen in die Gegenwart spannten. Sie berichteten von Romafamilien, die 2013 in der nunmehr als Gemeinschaftsunterkunft genutzten Riebeckstraße 63 untergebracht waren und erst hier von der Bedeutung des Ortes im Hinblick auf die Verfolgung von Sinti und Roma erfuhren. Diese Erkenntnis motivierte den Verein Romano Sumnal, eine Öffentlichkeit für die Geschichte der Arbeitsanstalt herzustellen, was durch einen von Petra Čagalj-Sejdi, Stadträtin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eingebrachten Stadtratsbeschluss zur Erforschung und Erinnerungsgestaltung der Riebeckstraße 63 gelang.

ANNE FRIEBEL (Leipzig) eröffnete das zweite Panel des Tages, das die Nutzung des Geländes in der Riebeckstraße 63 als Arbeitshaus, Durchgangslager, Sammelstelle und Gestapo-Gefängnis zwischen 1935 und 1945 vertiefte. Zunächst befasste sich STEFFEN HELD (Leipzig) mit der Rolle der Arbeitsanstalt bei der Organisation von Zwangseinsätzen der als Juden Verfolgten. Durch die antisemitischen Gesetze ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden die Verfolgten bereits seit 1935 von der Arbeitsanstalt zu Schwerstarbeit in städtischen Betrieben verpflichtet. Infolge der Novemberpogrome wurde überdies das Obdachlosenhaus auf dem Gelände als Sammelstelle umgenutzt: Mehr als 500 Leipziger Juden wurden aus dem überbelegten Polizeigefängnis dorthin verlegt. Wenige Tage später gingen von hier die ersten Transporte in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen ab. Darüber hinaus hob Held hervor, dass im Jahr 1943 auf dem Gelände eine Sammelstelle eingerichtet wurde. Unterstützt von der Arbeitsanstalt organisierte die Gestapo von hier die Deportation nach Theresienstadt und Auschwitz. Die besondere Bedeutung der Riebeckstraße 63 im Hinblick auf Kontrolle, Verfolgung und Ausbeutung beschrieb ebenso HANNES SCHNEIDER (Leipzig), der die städtische Arbeitsanstalt als Drehscheibe von NS-Zwangsarbeit charakterisierte. Die Riebeckstraße 63 war der zentrale Ort für die Zuweisung ziviler Zwangsarbeiter/innen in die Betriebe und deren über 700 Unterkünfte im gesamten Stadtgebiet, die Organisation der Zwangsarbeit sowie die Überwachung und Kontrolle von zehntausenden zivilen Zwangsarbeiter/innen aus ganz Europa (Stand 1944 ca. 65.000 Zwangsarbeiter). Als zentrale Einrichtungen auf dem Gelände hob Schneider zum einen das bis zu 400 Personen fassende „Ausländergefängnis“ und dessen Straf- und Kontrollfunktion sowie die auf dem Gelände eingerichtete Desinfektionsanlage für Seuchenschutz hervor. Während die lückenlose Kontrolle, die von der Arbeitsanstalt ausging, die Arbeitsdisziplin aufrechterhalten und Kontakte mit der deutschen Bevölkerung verhindern sollte, diente der Ort zugleich auch als Schleuse zwischen kommunalen Behörden und SS-Lagerstruktur. Während des anschließenden Podiumsgesprächs wurde als kennzeichnend erkannt, dass sämtliche NS-Verfolgtengruppen diesen Ort passierten und gerade darin die lokalhistorische Bedeutung dieses Ortes liegt, die es in einem zukünftigen Gestaltungskonzept herauszuarbeiten gilt.

Den zweiten Tag des Symposiums eröffnete das Panel „Bruch und Aufbruch im Umgang mit Devianz und psychischer Erkrankung“, moderiert von SVEN BÄRNIG (Leipzig). THOMAS R. MÜLLER (Leipzig), der in den 1990er Jahren zu den Akteur/innen der Enthospitalisierungsbewegung in Leipzig zählte, nahm in seinem Vortrag die Opfer der NS-„Euthanasie“ unter den Insassen der Städtischen Arbeitsanstalt in den Blick. Kurz nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ initiierte der neue Leiter der Arbeitsanstalt die Erstellung von Karteikarten zur „erbbiologischen Erfassung“ und forderte, für das Gesundheitsamt eine Stelle zur Begutachtung sogenannter „Erbkranker“ einzurichten, die bis 1939 vervollständigt war. Auf der Grundlage der in der Berliner „Zentraldienststelle T4“

ausgewerteten Meldebögen wurden mindestens 76 Insassen der Arbeitsanstalt direkt in Pirna-Sonnenstein getötet. Müller schilderte exemplarisch das Schicksal von Lina Alma Thieme, dem jüngsten Euthanasie-Opfer aus der Arbeitsanstalt. JANA SITZ (Leipzig) skizzierte im Anschluss die Lebensgeschichte Ruth Delacasas, deren 45-jährige Psychiatrie-Erfahrung eng mit der seit 1954 als „Heim für soziale Betreuung“ bezeichneten Einrichtung in der Riebeckstraße 63 verknüpft ist. Delacasa war zwischen Kinderheimen, Schule und Berufsschule früh mit Disziplinierungsmaßnahmen in Berührung gekommen. In Psychiatrischen Einrichtungen in Mühlhausen und Waldheim hatte sie Fixierungen unter Zwangsmedikation erlebt und die Isolation in den „Bunker“ genannten Einzelzellen ohne Tageslicht. Anfang der 1980er Jahre kam sie in die Riebeckstraße, die als Außenstelle des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig-Dösen u.a. der Unterbringung sog. Langzeitpatienten diente. THOMAS SEYDE (Leipzig) berichtete von den zu Beginn der 1990er-Jahre unternommenen Versuchen der Enthospitalisierung und Wiederbeheimatung ehemaliger Langzeitbewohner/innen der Riebeckstraße, an denen er ebenfalls teilgehabt hatte. Ziel war es, die Autonomie der Bewohner/innen zu stärken und aus der „totalen“ eine auf eigenständige Lebensführung hin ausgerichtete Begleitung einzurichten. Vorbild waren die Auflösungen der Langzeiteinrichtungen Kloster Blankenburg bei Bremen und Gütersloh in den 1980er-Jahren. Seyde resümierte, dass dieser Prozess nur teilweise gelang und durch die Privatisierung der Klinik Leipzig-Dösen erschwert wurde. Es entstanden zahlreiche ambulante Betreuungsformen, darunter ein psychosoziales Gemeindezentrum, aber auch Folgeheimeinrichtungen. Die letzten Bewohner/innen zogen 2012 aus der Riebeckstraße 63 aus.

Das vierte Panel, das von ANJA NEUBERT (Leipzig) eröffnet wurde, knüpfte an die vorangegangene Diskussion um politisierte Medizin an. In der SBZ und DDR konnten Mädchen und Frauen in Fürsorgeheime für Geschlechtskranke und geschlossene Venerologische Stationen zwangseingewiesen werden. Den Auftakt des Panels machte MAXIMILIAN SCHOCHOW (Ulm) mit seinem Vortrag zum Fürsorgeheim in Leipzig Thonberg und der geschlossenen Venerologischen Station. Schochow stellte die Ergebnisse einer Untersuchung vor, die 2013 ausgehend von Zeitzeuginnenberichten über die Poliklinik in Halle vergleichbare Einrichtungen in der DDR in den Blick genommen hatte. Auf Grundlage von Patientinnenakten des Fürsorgeheims für Geschlechtskranke Leipzig Thonberg und der daraus hervorgegangenen Venerologischen Station zeichnete sich eine eindeutig politisch motivierte Nutzung der medizinischen Richtlinien ab, allem voran seit der Einführung eines neuen mehrstufiges Verfahrens im Jahr 1961. Seit dieser Zeit, so zeigte Maximilian Schochow eindrücklich, fand die Einweisung entgegen geltendem Recht häufig auch ohne medizinische Indikation zum Zwecke der Disziplinierung statt. An diese These knüpfte auch der Vortrag von STEFFI BRÜNING (Rostock) an, der unter dem Titel stand „‚Herumtreiberinnen‘? Betroffene der GKA-Leipzig Thonberg“. Im Zuge ihrer Forschung zum Thema Prostitution in der DDR war Brüning ebenfalls auf die Patientinnenakten der Venerologischen Station in Leipzig gestoßen. In weitgehender Übereinstimmung mit ihrem Vorredner zeigen auch ihre Forschungsergebnisse, dass die Anstalten in der Praxis sich im Laufe der Zeit zu Disziplinierungs- und Isolationsinstanzen entwickelten, was Brüning zu der These führt, dass die geschlossenen Krankenstationen eher im Heimsystem zu verorten, denn als medizinische Einrichtungen zu sehen sind. Sie unterstrich dies anhand lokaler Fallbeispiele, anhand derer sie verdeutlichte, wie das sozialdisziplinierende System auf der Zusammenarbeit von verschiedenen lokalen Akteuren beruhte. Mit ihrem Beitrag warf Brüning einen kritischen Blick auf das Narrativ der „Herumtreiberinnen“ und dekonstruierte dieses als ein normatives Sozialkonstrukt, das in der langen Tradition einer Vorstellung von Frauen als Überträgerinnen von Geschlechtskrankheiten steht. Zum Abschluss des vierten

Panels berichtete BETTINA WEBEN (Hamburg) als Betroffene über ihre Erfahrungen, die sie autobiografisch in „Gequält, erniedrigt und doch am Leben. Warum war die DDR so ungerecht?“ verarbeitet hat. Weben war im Jahr 1968 als 17-Jährige in der Poliklinik Halle Mitte zwangseingewiesen worden. Ohne dass eine Infektion nachgewiesen war, wurde sie dabei brutalen gynäkologischen Untersuchungen ausgesetzt. Die Erlebnisse von Weben bestätigten die Thesen von Schochow und Brüning: Die Untersuchungen dienten nicht vorwiegend medizinischer Versorgung, sondern vielmehr der Sozialdisziplinierung.

Das letzte von ANN KATRIN DÜBEN (Leipzig) moderierte Panel des Symposiums stand unter dem Zeichen eines Ideenlabors und diskutierte Erfahrungen anderer Gedenkstätteninitiativen und -vereinen, künstlerischen Projekten und didaktischen Konzepten im Hinblick auf eine mögliche Gestaltung der Riebeckstraße 63 als Lern- und Gedenkort. Es eröffnete DIETFRID KRAUSE-VILMAR (Kassel) mit einem Erfahrungsbericht aus der Einrichtung des Gedenkortes Breitenau. Krause-Vilmar stellte den Ansatz von Werkstatt-Projekten ins Zentrum. Es gehe vor allem darum, den Prozesscharakter des Erinnerungsortes aufrecht zu erhalten, dabei aber sowohl disziplinär als auch räumlich über klassische Vermittlungsformen hinauszugehen. Neben dem Konsens, Emotionen in der Vermittlung nicht zu forcieren, thematisierte er auch das didaktische Problem, dass sich Ästhetiken einschleifen und so zu einer routiniert verflachten Form des Lehrens werden können. In der Gedenkstätte Breitenau entschied man, diesem Problem durch eine Verschränkung von Geschichte und Kunst zu begegnen, um Prozesse des Wahrnehmens und Nachdenkens fernab von hierarchischen Lehr- und Lernstrukturen zu fördern. Damit wurde der Diskussionspunkt eröffnet, inwiefern Kunst unter einem didaktischen Gesichtspunkt die klassische Vermittlung über historische Fakten erweitern und bereichern könne. Hier knüpfte der zweite Teil des Ideenlabors an, in welchem CLEMENS VON WEDEMEYER (Leipzig-Berlin) und JULIAN TIMM (Kassel) in einen Dialog traten. Ihre Wege hatten sich im Jahr 2012 auf der dOCUMENTA (13) gekreuzt. Von Wedemeyer hatte dabei in einem Filmprojekt die Geschichte des Ortes Breitenau aus verschiedenen Zeitperspektiven eingefangen, während Julian Timm in der Vermittlung tätig war. Im Zentrum ihres Gespräches stand die Frage nach der Narration, die sich im Spannungsfeld von Fakt und Fiktion bewegt, wobei Timm die Notwendigkeit hervorhob, geschichtswissenschaftliche Herangehensweisen, neben künstlerischen, auch mit theoretisch-reflektierenden Ansätzen zu erweitern. Der Beitrag von HAGEN MARKWARDT (Pirna) führte das Panel zurück in die sächsische Gedenkstättenlandschaft zur Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Am Beispiel des Gedenkens an die nationalsozialistischen Krankenmorde im Rahmen der „Aktion T4“, diskutierte Markwardt Möglichkeiten und Grenzen der pädagogisch-didaktischen Geschichtsvermittlung.

Ziel des mehrtägigen Programms war es, einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur ehemaligen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63 zu gewinnen und einen Austausch zwischen Forschenden und Interessierten über die zukünftige Nutzung und Erinnerungsgestaltung des Ortes anzuregen. In den unterschiedlichen Zeitspannen und institutionellen Nutzungsformen, die behandelt wurden, offenbarte die Riebeckstraße 63 sich durchgehend als Ort der Ausgrenzung, Sozialdisziplinierung und Stigmatisierung. Zugleich ist die sich seit 1933 zunehmend radikalisierende „Fürsorgepolitik“ sowie die Beteiligung der städtischen Arbeitsanstalt an der systematischen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und ihre maßgebliche Rolle bei der Organisation von NS-Zwangsarbeit hervorzuheben. Im ersten Zusammentreffen von Forschungsergebnissen und Erfahrungsberichten wurden in fast allen Bereichen erhebliche Forschungsdesiderate und folglich die Notwendigkeit einer Aufarbeitung und eines Gedenkens deutlich, was durch ein reges öffentliches Interesse, in dem auch Betroffene und Zeitzeug/innen sich zeigten, unterstrichen wurde. Das Symposium diente damit als Ausgangspunkt für weitere Forschung und Vernetzung und schloss in diesem

Sinne mit der Gründung eines Initiativkreises ab, der sich in Zukunft für die Planung eines Erinnerungsortes einsetzen wird.

Konferenzübersicht

Ortsbegehung Riebeckstraße 63
Begrüßung - Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Panel 1 Kommunale Fürsorgepolitik: Soziale und räumliche Marginalisierung

Elisabeth Elling-Ruhwinkel (Ochtrup): Das Arbeitshaus Benninghausen

Alexander Rode (Leipzig): Kontinuitäten und Brüche im städtischen Umgang mit „nichtsesshaften“ Minderheiten (1930-1950)

Petra Čagalj-Sejdi und Gjulner Sejdi (Leipzig): Und heute? Gespräch über Erfahrungen junger asylsuchender Roma

Podiumsdiskussion, Moderation: Dr. Carsta Langner (Halle-Jena)

Panel 2 Akteur der Verfolgung und Drehscheibe von NS-Zwangsarbeit

Steffen Held (Leipzig): Die Inhaftierung von jüdisch Verfolgten in den Jahren von 1938 bis 1944

Hannes Schneider (Leipzig): Die Riebeckstraße als Drehscheibe von NS-Zwangsarbeit

Podiumsdiskussion, Moderation: Anne Friebel (Leipzig)

Panel 3 Bruch und Aufbruch im Umgang mit Devianz und psychischer Erkrankung

Thomas R. Müller (Leipzig): Die Opfer der NS-"Euthanasie"-Verbrechen unter den Insassen der Städtischen Arbeitsanstalt Leipzig in der Riebeckstraße

Jana Sitz / Thomas R. Müller / Thomas Seyde (Leipzig): "Mich haben sie nicht kleingekriegt" - Die Lebensgeschichte von Ruth Delacasa (1934-2010)

Thomas Seyde (Leipzig): Der Versuch einer Wiederbeheimatung ehemaliger Langzeitbewohner der Außenstelle Riebeckstraße 63 des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig-Dösen nach 1990

Podiumsdiskussion, Moderation: Dr.Sven Bärmig (Leipzig)

Panel 4 Disziplinierung: Die Venerologischen Stationen Leipzig-Thonberg (1946-1990)

PD Dr. Maximilian Schochow (Ulm): Die geschlossenen Venerologischen Einrichtungen in Leipzig-Thonberg

Dr. Steffi Brüning (Rostock): „Herumtreiberinnen“? Betroffene der GKA Leipzig-Thonberg

Bettina Weben, Autorin von „Gequält, erniedrigt und doch am Leben. Warum war die DDR so ungerecht?“

Podiumsdiskussion, Moderation: Anja Neubert (Leipzig)

Panel 5 Ideenlabor

Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar (Kassel): Gelungenes und Nicht-Gelungenes. Erfahrungen aus der Geschichtswerkstatt Breitenau

Julian Timm (Kassel) / Prof. Clemens von Wedemeyer (Leipzig-Berlin): Vermittlungsarbeit zwischen Gedenkstätte und Kunst. Breitenau und die dOCUMENTA(13)

Hagen Markwardt (Pirna): Zur Didaktik des Gedenkens an die „Aktion T4“

Podiums- und Abschlussdiskussion: Ann Katrin Düben (Leipzig)

Gründung eines Initiativkreises

Autor/innen: Rina Depperschmidt und Jonas Nachtigall (Förderverein der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig), gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de